

## Die SAV fordert:

- ★ Keine Abschiebungen, Bleiberecht für alle
- ★ Weg mit allen Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle
- ★ Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften und Linke
- ★ Keine öffentlichen Räume und Plätze für faschistische Organisationen

### Mach mit bei der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen
- Ich möchte Mitglied werden

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

SAV Berlin, Stadtbüro, Schönhauser Allee 26 a, 10435 Berlin  
Fon + Fax: 030/ 4408429, E-mail: [hp0444tdk@student.hu-berlin.de](mailto:hp0444tdk@student.hu-berlin.de)

## Wählen allein reicht nicht, aktiv werden bei der SAV!

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende und Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

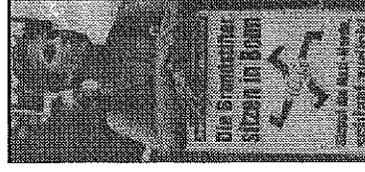
Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft, in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

# Stoppt und Rassisten

Deutsche und Ausländer  
gemeinsam gegen Sozialabbau  
und Arbeitslosigkeit

Wahlrecht und gleiche Rechte  
für alle

Keine Abschiebung und  
Bleiberecht für alle



**Kohl muß weg -  
neue  
Arbeiterpartei  
aufbauen!**

**SAV** Sozialistische  
Alternative

# Stoppt Nazis und Rassisten!

## Ausländer dienen als Sündenböcke



Die Gefahr von Rechts wächst: 1997 sind die rechtsextremistischen Straftaten um 37 Prozent angestiegen, am 26. April erzielte die faschistische DVU 12,9 Prozent bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, am 1. Mai marschierten 4000 Neonazis der Jungen Nationaldemokraten und andere Faschisten in Leipzig auf.

Die Faschisten müssen gestoppt werden! Ihr Ziel ist es, die demokratischen und sozialen Rechte, die sich die Arbeiterbewegung in Jahrzehnten erkämpft hat, abzuschaffen. Sie sind eine direkte Bedrohung für Nichtdeutsche, Antifaschistinnen, Linke und GewerkschafterInnen.

Das Erstarren der Faschisten ist kein Zufall. Um von der eigenen Verantwortung für die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die für die Mehrheit der Bevölkerung immer bedrückender werden, abzulenken, haben Kohl-Regierung und SPD gezielt AusländerInnen zum Sündenbock gemacht. Die „Asylantenflut“, „kriminelle Ausländer“, „Russenmafia“ seien verantwortlich für Wohnungsnot, steigende Sozialausgaben und Arbeitslosigkeit. Das ist Rassismus. Die in Deutschland lebende arbeitende Bevölkerung soll entlang nationaler Linien gespalten werden. Das Prinzip ist alt. Es heißt „teile und herrsche“. Diese staatliche und parteipolitische Propaganda hat den Nazis den Boden bereitet. Die geistigen Brandstifter sitzen in Bonn und in den Chefetagen der Konzerne.

## Staatlicher Rassismus



Die staatliche AusländerInnenpolitik hat in den letzten Jahren viele der Forderungen von Republikanern und DVU umgesetzt. Das

Asylrecht wurde de facto abgeschafft. Die Versorgung von AsylbewerberInnen wurde auf Warengutscheine umgestellt. Ausländische Arbeitslose werden bei der Vergabe von Arbeitsplätzen durch die Arbeitsämter diskriminiert. Und die rechten Politiker lassen sich immer wieder etwas Neues einfallen: in Bayern sollen jetzt die Eltern von straffällig gewordenen Kindern abgeschoben werden, wenn es sich um AusländerInnen handelt. Trotz all dieser Maßnahmen ist die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen, wird weiter Sozialabbau betrieben. Das beweist: die sozialen Mißstände sind nicht auf die hier lebenden AusländerInnen zurückzuführen. Diese sind im Gegenteil besonders davon betroffen.

## Kein Vertrauen in den Staat - aktiv werden gegen Nazis



Die Nazis sind der verlängerte Arm staatlicher AusländerInnenpolitik. Das ist ein Grund, weshalb Polizei und Justiz auf dem rechten Auge

blind sind. Im Kampf gegen die neuen Nazis können wir uns nicht auf die etablierten Parteien oder den Staat verlassen. ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Jugendliche und InmigrantInnen müssen sich den Faschi-

sten in den Weg stellen. Die SAV steht für Mobilisierungen gegen alle faschistischen Aktivitäten, mit dem Ziel, diese zu verhindern. Wir rufen Gewerkschaften, linke und antifaschistische Parteien und Organisationen auf, ihre Mitglieder gegen Rechts zu mobilisieren. Ziel der Faschisten ist, alle demokratischen Rechte abzuschaffen. Sie selbst dürfen daher diese Rechte nicht bekommen. Die SAV nimmt seit Jahren aktiv am Kampf gegen Rechts teil. 1992 haben SAV-Mitglieder die Initiative zum Aufbau von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ergriffen und waren daran beteiligt, faschistische Versammlungen und Aufmärsche zu verhindern.

## Kampf gegen Nazis und gegen den Kapitalismus



Doch der Kampf gegen Rechts muß auch ein Kampf für sichere Arbeitsplätze für alle, gegen Sozialkürzungen und für ausreichenden und bezahlbaren

Wohnraum sein. Dieser Kampf muß gemeinsam von deutschen und nichtdeutschen ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen geführt werden. Er muß gegen die wahren Ursachen unserer Probleme gerichtet sein: die kapitalistische Marktwirtschaft, in der nur der Profit einer kleinen Minderheit von Konzernherren etwas zählt. Der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, die sich konsequent für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung einsetzt und für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft kämpft ist der konsequente Schritt im Kampf gegen Rassismus und Faschismus.